Verdrängen und moralische Appelle helfen nicht weiter

Autor(en): **Köppel, Edgar**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes**

Band (Jahr): **85 (1993)**

Heft 1

PDF erstellt am: **31.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-355415

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

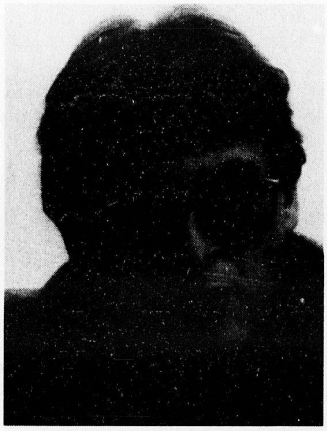
Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Innenblicke

Verdrängen und moralische Appelle helfen nicht weiter

Der Abstimmungskampf um den EWR und das Resultat vom 6. Dezember zeigen ganz klar: Die Rechte hat mit ihrem Exponenten Christoph Blocher bei Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern emotional die richtigen Saiten gezupft.



Von Edgar Köppel, SMUV-Zentralsekretär

Neben allen andern Gräben tut sich im Schweizerland auch – vielleicht der tiefste und schlimmste, weil nicht so präzis wie andere zu fassen – ein Graben zwischen denen auf, die Heimat und schweizerische Werte durch einen engeren Kontakt bereits mit den europäischen Nachbarn gefährdet sehen, und denen, die einen solchen Austausch als bereichernd einschätzen. Letztere waren – vereinfacht betrachtet – vor allem bei der Linken und ihren Exponenten zu finden. Warum ist es ihnen nicht gelungen, die Öffnung als Chance in die Mitgliedschaft zu tragen ? Welche Hausaufgaben haben wir in den letzten Jahren eher zu schludrig erledigt?

Der Erfolg der Rechtspopulisten um Blocher ist das Resultat des gezielten Schürens von Angst vor allem, was nicht vom mythisch verklärten Rütlischwur abgeleitet, was nicht mit Tells Armbrust als Markenzeichen versehen werden kann. Da sogar offensichtliche Lügen auf fruchtbaren Stimmbürgerboden fielen, wäre es auch im Hinblick auf den Entwurf künftiger Gegenstrategien fahrlässig, den «Sieg» der Rechten ausschliesslich auf der PR-Seite zu verbuchen. Die Gründe liegen tiefer, und auch die Gewerkschaften haben sich in der Vergangenheit zu wenig mit dieser Bewusstseinslage der Mitglieder auseinandergesetzt. Zum einen fehlte es am Mut, sich den tatsächlichen Problemen der Immigration zu stellen. Auch wenn objektiv zweifelsfrei nachweisbar ist, dass Arbeitsplätze und Wohnungen nicht von AusländerInnen weggenommen werden, sondern im ersten Fall von Unternehmern wegrationalisiert werden und wir in der Wohnungspolitik Liegenschafts- und Bodenspekulanten ausgeliefert sind, treten nach subjektivem Empfinden in diesen Bereichen zwei vom freien Markt gebeutelte Schichten in Konkurrenz zueinander. Nur logisch, dass gerade diese Situation von der Rechten genüsslich geschürt und ausgenützt wird – das Erkennen gemeinsamer Interessen, das Auftreten von Solidarität würde die Machtausübung spürbar erschweren. Unsere vordringliche Aufgabe wird es demnach sein, uns dieser Problemlage künftig auf ganz andere Weise zu stellen als bisher.

In Zukunft müssen wir uns in Betrieb und Quartier mit praktischen Lösungen im Zusammenleben mit AusländerInnen beweisen.

Wir waren die Weltmeister des moralischen Appells, in Zukunft müssen wir uns in Betrieb und Quartier in konkreten Situationen mit praktischen Lösungen im Zusammenleben mit AusländerInnen beweisen. Denn dieses Miteinander verschiedener Kulturen verläuft ganz offensichtlich nicht konfliktfrei. Verdrängen – und das ist die zweite Hauptlinie linken Verhaltens in dieser Frage – bringt nicht nur nichts, sondern schwächt unsere Position bei der Mitgliedschaft, weil wir damit lediglich unsere Inkompetenz in der Lösung konkreter Alltagsprobleme demonstrieren. Wir müssen uns hier engagiert einmischen. Nur so können wir damit rechnen, unsere Überzeugung, dass ein Miteinander auch unzählige Chancen im weiten Feld zwischen Kultur und Ökonomie für uns alle beinhaltet, in Köpfen und Herzen anderer zu verankern. Dies ist eine unabdingbare Voraussetzung, um eine klare Mehrheit der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger gegen die Lockrufe der Rechtspopulisten zu immunisieren.

Soll uns dies gelingen, genügt es für die Zukunft nicht mehr, uns mit der statutarischen Verankerung der internationalen Solidarität zufriedenzugeben. Rassismus und Ausländerfeindlichkeit müssen als zentrale gesellschaftliche Themen von den 1.-Mai-Plakaten in den gewerkschaftspolitischen Alltag geholt werden. Die Gewerkschaften haben aber zusätzlich ihren politisch-kulturellen Auftrag entschieden auszuweiten. Eigentlich darf es kein Politikfeld geben, das von uns nicht beackert wird. Nur wenn wir uns als Kraft verstehen, die sich gestaltend am gesamtgesellschaftlichen Umfeld beteiligt, lässt sich verhindern, dass die langfristig entscheidenden Herausforderungen – zu ihnen gehört ohne Zweifel der Ausbruch aus der selbstgenügsamen Isolation – allein von Blocher und seiner Gefolgschaft ideologisch besetzt werden. Als Organisation haben wir zu allererst unsere internen Umgangsformen mit dem Rassismus offen zu diskutieren und couragiert zu verändern. Eine entscheidende Rolle muss in diesem Prozess die politische Bildung spielen – selbstverständlich ohne die Verantwortung bereits wieder an einige wenige zu delegieren.

Die Analyse des Abstimmungsergebnisses zeigt, dass die Öffnung der Schweiz (nicht nur auf Europa hin), dass Aussenpolitik in erster Linie (Gewerkschafts-) Innenpolitik sein muss: Die politische Kleinarbeit des Alltags kann auch gerade mit Blick auf die nächste Abstimmung nicht durch Überdenken oder Erneuern von PR-Konzepten ersetzt werden.